



MARCUS BLEASDALE/VII

FOTO-TABLEAU: LEBEN AUF DEN LOFOTEN 4/5

Die Konfirmationsfeier gehört zu den nicht allzu üppig gesäten Höhepunkten im Leben der Jugendlichen, die auf der Lofoteninsel Rost heranwachsen. Die meisten von ihnen sehen ihre Zukunft denn auch anderswo: «Ich möchte zurückkommen, wenn ich pensioniert bin, und hier meinen Lebensabend verbringen», erzählt eine 17-Jährige dem Fotografen Marcus Bleasdale – noch bevor sie den Sprung aufs südlichere norwegische Festland oder ins Berufsleben überhaupt geschafft hat.

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Ideologien
um Seeuferwege

Die extreme Forderung linkspolitischer Gruppierungen nach einem durchgehenden ufernahen Weg um den Zürichsee ist nachweislich im Kanton Zürich wenig verankert. Obschon der Kantonsrat Entseignungen von Privatland am Seeufer deutlich ablehnte, drohten sie, den Entscheid gerichtlich anzufechten und eine neue Volksinitiative zu lancieren (NZZ 22. 10. 13). Gemeinden und Kanton haben seit über 100 Jahren die private Bebauung der Seeufer gefördert, von Abgaben und Steuern profitiert und damit Privateigentümern und Inhabern von Konzessionsland Bestandesgarantie vorgespielt. Expropriation wäre Abschöpfung hoher privater Investitionen. Verletzung von Treu und Glauben, von Gewohnheitsrecht, Unverhältnismässigkeit des Eingriffs: Anwälte stehen mit Argumenten bereit.

Es ist nochmals zu erwähnen, dass die Initianten bei der Kostenschätzung wesentliche Budgetteile ausliessen: so etwa die Bauteuerung, die Vergütung von Landabtretungen und die Kosten durch die zu erwartende Einsprachenflut bei Enteignungen. Der schwierige Baugrund ist zudem für Überraschungen gut. Für alles müssten Nabhewohner eigener Erholungsgebiete (Rhein, Seen, Hinterland bis Sternenbergr) mitzählen, wobei sie kaum je am Wasser um den Zürichsee wandern möchten. Seit einem Jahrhundert hat die öffentliche Hand die Sicherstellung eines weiträumigen öffentlichen Seezugangs verpasst und die Hindernisse dagegen gefördert. Diesen Prozess heute rückgängig machen zu wollen, wäre eine Illusion auf dem Hintergrund einer Umverteilungsideologie.

Klaus Völlm, Zumikon

Die NZZ schreibt, dass an goldenen Herbsttagen die Öffnung der Badeanstalten anstelle neuer Seeuferwege über Privatgrundstücke einen echten Mehrwert bringen würde (16. 10. 13). Darf man das so verstehen, dass der Plebs nach einem Sprung ins kalte Wasser hoffentlich für immer gegen sozialistische Ideen abgehärtet wird? Eine andere prophylaktische Impfung scheint zu sein, dass SVP und FDP ihr Fussvolk beschwören, doch bitte ja nicht sozialneidig zu werden, eine der schlimmsten gutbürgerlichen Todsünden. Diese Frage sollte man nicht in einem Rechts-Links-Sche-

ma angehen, sondern man sollte sich einige grundsätzliche Fragen zur Raumplanung und Siedlungspolitik stellen. In der Schweiz wird jährlich die Fläche des Brienzersees zubetoniert, es werden auch nach wie vor Seegrundstücke überbaut. Es bleibt immer weniger Bewegungs- und Freiraum. Das betrifft auch die Wohnsituation: Wie viele Haus- und Wohnungseigentümer mussten zusehen, wie die Nachbargrundstücke bzw. deren Häuser baurechtlich korrekt – also ohne Anspruch auf Entschädigung – zugebaut bzw. aufgestockt wurden; ein Gefühl der Enge entsteht.

Von diesem Prozess ist auch der obere Mittelstand betroffen. Um exorbitanten Mieten zu entgehen, zahlt man im Raum Zürich für eine grössere Eigentumswohnung ohne besondere Aussicht und mit wenig Bodenanteil leicht gegen eine Millionen Franken. Wetten, dass es solche Objekte sind, die mit Schnickschnack und unter pseudobodenständigen Bezeichnungen wie «Pünt» oder «Rössliweid» angeboten werden, die bei der nächsten Immobilienkrise einen Taucher machen und viele Besitzer in Existenznöte bringen? Damit stellt sich die Frage, ob nicht auch die privilegierten Seeanstösser, die von diesen Entwicklungen wenig betroffen sind, einen Solidaritätsbeitrag zum Kampf gegen die Folgen des Siedlungsdrucks zu leisten haben, zumal sie ja für allfällige Wegservitute fürstlich entschädigt werden.

Andreas Ricklin, Bazenheid

Bereicherung
an Retrozessionen

Offenbar versucht Herr Kollege Vito Roberto eine Lanze für die Banken zu brechen (NZZ 29. 10. 13). Dies wäre nicht stossend, wenn er zugleich seine Bankennähe offenlegen würde. Der Beitrag vernebelt, dass sich unsere Banken bei den Retrozessionen an seit 1912 geltendes Recht konstant nicht gehalten haben. In der Folge haben sie sich an Retrozessionen unrechtmässig bereichert. Da hilft die Argumentation des Verfassers mit der Erzielung einer wohlverdienten Händlermarge nicht weiter. Wer Recht verletzt, riskiert, so bestraft zu werden, dass ihm am Schluss keine Händlermarge verbleibt. Das ist die wirtschaftliche Realität.

Fred Rueff, Rechtsanwalt, Pfäffikon (SZ)

Wichtige Stützen
im Gesundheitswesen

In den Spitälern übernehmen spezialisierte Pflegeexpertinnen die Betreuung und Beratung chronisch kranker Patienten (NZZ 28. 10. 13) – sie ergänzen und entlasten dadurch die Ärzte. Auch in der Hausarztpraxis ist die Betreuung chronisch Kranker eine zentrale Aufgabe: Hier kann der Arzt mit der Unterstützung durch die medizinische Praxisassistentin (MPA) rechnen. Die MPA sind die grösste Berufsgruppe im ambulanten Bereich unseres Gesundheitssystems. Die MPA kennt die Patienten, die in der Hausarztpraxis ein- und ausgehen, und tauscht mit der Hausärztin die Informationen laufend aus – ohne lästigen Papierkram. MPA haben dank Erfahrung und kontinuierlicher Fortbildung ein besonderes Know-how bei vielen Leiden – vom Asthma bis zur Zuckerkrankheit. Als «Mittel zum Umgang mit dem Ärztemangel» werden die Fachfrauen dieser Berufsgruppe in Zukunft ohne Zweifel auch einen wichtigen Beitrag leisten.

Dr. med. Felix Schürch, Zürich

Im Gesundheitswesen ist die Zukunft, wenn man so sagen will, chronisch. Wir sind konfrontiert, nicht zuletzt wegen der erhöhten Lebenserwartung und des veränderten Lebensstils, mit einer Zunahme nichtansteckender Krankheiten wie Herz- oder Gefässerkrankungen.

Diabetes ist hier ein Beispiel, bei dem zudem das Selbstmanagement des Patienten eine wichtige Rolle spielt. Viele Studien zeigen, dass Therapien, begleitet durch Diabetes-Teams, nicht nur wirksam, sondern auch sehr kosteneffektiv sind. Pflegeexperten sind dabei integraler Bestandteil der Teams. Es braucht die interdisziplinäre Betreuung: bei einer neuen Diagnose wie auch bei der Unterstützung der chronisch Kranken über die folgenden Jahre hinweg. Diese Sachkompetenz hilft nicht nur beim sogenannten Ärztemangel, sie spart generell Kosten.

Die medizinischen Daten hierzu sind überzeugend. Spitaleinweisungen können gemindert, spätere Komplikationen oft verhindert werden. Just diese mit Diabetes korrelierten Erkrankungen verteuern das Gesundheitswesen. Aber durch das Verhindern – oder das Begrenzen – der Volkskrankheit Diabetes können Kosten massiv gesenkt werden.

Jacqueline Herbst, Zürich
Gesundheitszentrum Santémed

Von Parlamentes
Gnaden?

Zur Klage über eine angebliche «Initiativenflut».
Von Claudio Kuster und Lukas Leuzinger

Die Stimmbürger würden «von Volksinitiativen richtiggehend überschwemmt», klagt Jean-Daniel Gerber (NZZ 22. 10. 13). Um die Flut einzudämmen, seien die Hürden für die Initianten deutlich zu erhöhen. Mit diesem Ansinnen ist der ehemalige Seco-Direktor nicht allein: Wiederholt werden von verschiedenen Seiten Forderungen laut, das Initiativrecht zu beschneiden. Der von Gerber behauptete Trend ist allerdings alles andere als eindeutig. Zwar gelangten seit Einführung des Initiativrechts auf Bundesebene 1891 zusehends mehr Volksinitiativen an die Urne. Allerdings kamen auch deutlich mehr fakultative und obligatorische Referenden vors Volk. (Interessanterweise fordert dennoch niemand eine Erhöhung der Hürden für das fakultative Referendum.) Ebenso nahm die parlamentarische Aktivität zu. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der Bundesstaat seit dem 19. Jahrhundert generell mehr Kompetenzen erhalten hat. Vor diesem Hintergrund ist die Zunahme der Volksinitiativen sehr bescheiden.

Das unbequeme Korrektiv

Es handelt sich im Übrigen lediglich um eine langfristige Zunahme. Betrachtet man den Zeitraum seit den 1970er Jahren, ist die Zahl relativ konstant. Zugenommen hat indes die Zahl der Initiativen, die an der Urne Erfolg hatten. Seit der Jahrtausendwende allein wurden 8 Volksinitiativen angenommen. Zuvor reüssierten in über hundert Jahren nur deren 12. Es erstaunt, dass – obwohl bereits vor 20 oder 30 Jahren etwa gleich viele Initiativen zur Abstimmung gelangten – erst heute (da sie vermehrt Erfolg haben) so laut über eine angebliche Flut geklagt wird. Das Lamento über die Zunahme von Volksinitiativen spielt die direkte und die repräsentative Demokratie gegeneinander aus. Implizit gehen die Vorschläge zur Einschränkung des Initiativrechts davon aus, dass unsere gewählten Vertreter das Land weise und besonnen lenken, während Begehren aus dem Volk vor allem stören und die Politiker von wichtigeren Dingen abhalten. Entlarvend ist in diesem Zusammenhang die Aussage Gerbers: «Solche Initiativen beanspruchen die wertvolle Zeit des Bundesrats, der Verwaltung und des Parlaments. Dies geht auf Kosten der wahren Probleme des Landes.» Dass es als Zeitverschwendung angesehen wird, wenn sich Politiker mit einem Anliegen beschäftigen, das über 100 000 Stimmberechtigte unterzeichnet haben, zeugt nicht von einem demokratischen Politikverständnis. Insbesondere, wenn man die Definitionshoheit darüber, was die «wahren Probleme» sind, allein bei Regierung und Parlament sieht.

Um die Zahl der Volksinitiativen zu reduzieren, will man das Initiativrecht beschneiden – entweder indem die Unterschriftenzahl erhöht oder indem die Sammelfrist verkürzt wird. Dadurch würden zwar weniger Initiativen zustande kommen. Auf der Strecke blieben aber vor allem Begehren engagierter Bürger, die wenig personelle und finanzielle Mittel zur Verfügung haben. Initiativen kämen praktisch nur noch zustande, wenn dahinter finanzstarke und breit vernetzte Akteure stünden; genau jene, die bereits im Parlament mehr Einfluss besitzen. Dass dadurch Initiativen weniger «für Sonderinteressen und Werbezwecke ausgenutzt» würden, ist stark zu bezweifeln.

Noch fataler wären die Auswirkungen von Gerbers Vorschlag, nur noch Initiativen dem Volk vorzulegen, die im Parlament ein Drittel oder gar die Mehrheit der Stimmen erreichen. Dadurch würde das Initiativrecht faktisch zu einem Petitionsrecht degradiert. Volksbegehren wären von der Gnade des Parlaments abhängig. Es sei daran erinnert, dass sämtliche seit 2002 angenommenen Volksinitiativen im Parlament keine Chance hatten. Zudem würden Initiativen an indirekter Wirkung einbüßen: Wieso sollte sich das Parlament mit einem Gegenvorschlag abmühen, wenn es eine Initiative entsorgen kann? Die Volksrechte würden ihrer Funktion als Druckmittel und Korrektiv zum parlamentarischen Prozess beraubt.

Wirksame Reformen

Damit soll keineswegs gesagt werden, dass keine Reformen der Volksrechte angezeigt wären. Ein Problem ist heute, dass etliche Volksinitiativen nur zur Profilierung oder schlicht aus Jux lanciert werden, ohne Aussicht (und oft auch ohne Absicht), jemals 100 000 Unterschriften zusammenzubringen. Dies führt zu einem unnötigen Aufwand bei den Behörden. Eine Lösung wäre, dass die Initianten vor Beginn der Sammelfrist eine kleine Kautions von vielleicht 5000 Franken hinterlegen müssten. Diese erhielten sie zurückerstattet, sobald sie eine bestimmte Zahl Unterschriften (zum Beispiel 10 000) vorweisen könnten. Dadurch würden viele Komitees, denen es nicht wirklich ernst ist mit ihrem Anliegen, davon abgehalten, eine Initiative zu lancieren, die ohnehin im Sand verläuft. Der Aufwand für Bund und Gemeinden würde reduziert, und der Missbrauch des Initiativrechts würde eingeschränkt, ohne dass dieses beschnitten würde. Wohl ist direkte Demokratie aufwendig und unbequem für Politiker. Gleichzeitig fördert sie aber einen partizipativen und bürgernahen politischen Prozess sowie eine breite Akzeptanz demokratischer Entscheide. Das sind Vorteile, die wir nicht durch den Abbau von Volksrechten leichtfertig aus der Hand geben sollten.

Claudio Kuster ist politischer Sekretär und Co-Initiant der «Abzocker»-Initiative, Lukas Leuzinger ist Journalist.